

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Brandenburger Solidarität mit der Ukraine

Der Landtag stellt fest:

Seit fast zwei Jahren dauert der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bereits an. Zwei Jahre voller Leid für die ukrainische Bevölkerung. Gleichzeitig beeindruckt der Mut und das Streben der Menschen in der Ukraine nach Freiheit. Im Kampf für die ukrainische Freiheit und Selbstbestimmung und zugleich auch für europäische Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit steht Brandenburg an der Seite der Ukraine. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind aktiv bei der Unterstützung und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine beteiligt. Der Brandenburger Landtag bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung und verurteilt den russischen Angriffskrieg aufs Schärfste.

Alle Personen, die sich ehrenamtlich oder hauptberuflich dafür engagieren, den von Krieg betroffenen Menschen zu helfen, Initiativen gründen und Hilfe jeglicher Art koordinieren, werden vom Landtag Brandenburg ausdrücklich gewürdigt und unterstützt. Wir möchten uns bei ihnen herzlich bedanken.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, sich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalstellen und Haushaltsmittel für die im Folgenden genannten Projekte und Aktivitäten einzusetzen:

1. Neben zahlreichen bestehenden sind neue kommunale Solidarpartnerschaften in Brandenburg mit Kommunen in der Ukraine entstanden. Diese wichtigen Partnerschaften sind weiterhin zu unterstützen.
2. Die Möglichkeiten einer Solidarpartnerschaft des Landes mit einer ukrainischen Region soll geprüft werden.
3. Der Landtag begrüßt die zahlreichen Aktivitäten der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft in Bezug auf die Ukraine. Als Beispiel hierfür sei etwa die Einrichtung des „Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies“ an der Europauniversität Frankfurt (Oder) genannt.

4. Für die Zukunft werden in der Ukraine Maßnahmen des Wiederaufbaus wichtiger werden. Diese Maßnahmen werden in erster Linie auf Bundes- als auch auf internationaler Ebene durchgeführt, brauchen aber auch das Engagement auf der regionalen und lokalen Ebene. Entsprechende Überlegungen unter Beteiligung verschiedener Akteurinnen und Akteuren finden hierzu beispielweise auf der „Plattform Wiederaufbau Ukraine“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) statt. Im Juni 2024 wird außerdem die dritte internationale Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine von der Bundesregierung in Berlin ausgerichtet.
5. Die Aufnahme der Beitrittsgespräche der EU mit der Ukraine wird durch den Landtag Brandenburg grundsätzlich unterstützt.
6. Bei der Aufnahme, dem Aufenthalt und der Integration ukrainischer Geflüchteter beweisen das Land und die Kommunen in Brandenburg tagtäglich ein hohes Maß an Solidarität für das ukrainische Volk. Positiv hervorzuheben ist die gemeinsame Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten, die in der Zukunft immer wichtiger werden wird.

Begründung:

Seit dem 24. Februar 2022 erleben Ukrainerinnen und Ukrainer täglich militärische Angriffe auf ihre Heimat. Nicht vergessen dürfen wir dabei, dass Russland die Krim bereits im Jahr 2014 völkerrechtswidrig annektiert sowie ukrainisches Staatsgebiet im Donbass angegriffen und besetzt hat. Der Angriffskrieg Russlands hat bereits tausende Menschenleben gekostet, Familien und Freundschaften auseinandergerissen, Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Brandenburgs Beitrag zur Unterstützung der Ukraine in diesem Krieg ist vielfältig. Zum einen leisten Kommunen, gemeinnützige Organisationen, Unternehmen und andere einen großen Beitrag, die mit dem Angriffskrieg verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Hierfür gebührt ihnen unser Dank. Zum anderen kann das Land Brandenburg mit gezielten Unterstützungsmaßnahmen dazu beitragen, vorhandene Strukturen zu stärken, damit möglichst viele Menschen in der Ukraine bleiben können und dort auch für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Um einen erfolgreichen Wiederaufbau der Ukraine zu gewährleisten, darf nicht erst das Ende der Kampfhandlungen abgewartet werden.

Der im November 2023 von der EU-Kommission veröffentlichte Ukraine-Bericht erwähnt unter anderem die großen Fortschritte, die die Ukraine bei der Bekämpfung der Korruption gemacht hat. Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene fördern derartige Demokratisierungsprozesse, weil sie dort ansetzen, wo der Austausch auf der nationalen Ebene zwischen den Ländern endet. Sie sind damit ein wichtiger Baustein, um die EU-Integration der Ukraine zu unterstützen.